

Einleitung in das Plenum: Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in langfristiger Perspektive

Nedelmann, Birgitta; Sahner, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nedelmann, B., & Sahner, H. (1996). Einleitung in das Plenum: Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in langfristiger Perspektive. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 546-551). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-406787>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Plenum VII

Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in langfristiger Perspektive

Einleitung

Birgitta Nedelmann und Heinz Sahner

Der Vereinigungsprozeß ist bis heute in einem unterschiedlich hohen Maße gelungen. Er ist in manchen Bereichen nahezu abgeschlossen, in anderen zweifelt man daran, daß es jemals zu einer akzeptablen Angleichung zwischen Ost und West kommt, die sich innerhalb der üblichen Variabilität von »Stämmen und Landschaften« bewegt.

1) Unstrittig, sowohl zwischen den Forschern als auch bei den Betroffenen selbst, das belegen zahlreiche Umfragen, ist das erreichte Potential individueller Freiheiten. Die Optionen sind für den ehemaligen DDR-Bürger in einem beträchtlichen Umfang gewachsen, so z. B. auf den Gebieten der Konsum-, Meinungs-, Presse-, Rede- und Reisefreiheiten. Diese Möglichkeiten werden heute in einem Maße genutzt, daß sie zu kulturellen Selbstverständlichkeiten geworden sind und deshalb auch nicht mehr problematisiert werden.

2) Durch demokratische Wahlen entschied sich die Mehrheit der DDR-Bevölkerung gegen die DDR und für den Beitritt der Bundesrepublik. Damit entschied man sich auch für die Übernahme zentraler Institutionen der Bundesrepublik.

Das Institutionensystem der Bundesrepublik ist vergleichsweise schnell übertragen worden. Zumindest drei Gründe können dafür angeführt werden. Erstens:

Die Übertragung war von allen Seiten gewollt; die Akzeptanz war und ist beträchtlich. Zweitens: Der Transformationsprozeß wurde durch bedeutende Transferzahlungen alimentiert. Drittens: Ein Heer von Experten aus Bund, Ländern und Gemeinden unterstützte die Implementierung.

Dem Vorwurf, daß mit der Übernahme dieser Institutionen bestimmte Entwicklungspfade festgeschrieben worden seien, kann man entgegenhalten, daß gerade das diskutierte Institutionengefüge über ein beträchtliches Potential eingebauter Flexibilität verfügt, so daß durchaus verschiedene Entwicklungspfade offen bleiben.

3) Leben die Bürger in Ost- und Westdeutschland mittlerweile in einem vergleichbaren Institutionengefüge, so variieren jedoch die materiellen Bedingungen noch immer beträchtlich. Infrastruktur (Straßen), Wohnungs- und Umweltbedingungen (z.B. Luftverschmutzung), vor allem aber auch die Einkommensverhältnisse sind in Ostdeutschland deutlich ungünstiger.

Wenn auch die Angleichung der Löhne auf Westniveau absehbar ist, so impliziert das noch lange nicht gleiches Wohlstandsniveau; dem steht schon die große Arbeitslosigkeit entgegen. Vermögen hatte zudem kaum gebildet werden können. Dagegen werden zur Zeit im Westen die nach dem Kriege erworbenen Vermögen vererbt.

Die Arbeitslosigkeit hat aber nicht allein Einfluß auf das Haushaltseinkommen. Identität, Selbstverständnis und Stellung in der Gesellschaft wird dominant über die berufliche Tätigkeit vermittelt. In der DDR galt das ganz besonders. Auch deshalb ist die hohe Arbeitslosigkeit eine besondere Geißel.

4) Am wenigsten weit ist jedoch die Vereinigung im mentalen und sozialen Bereich fortgeschritten. Diesen Sachverhalt kann man mit zumindest drei Argumenten bzw. Konzepten plausibel machen. Auf den Gesichtspunkt des Identitätsverlustes wurde schon hingewiesen. Den zweiten Gesichtspunkt kann man mit dem Konzept der relativen Deprivation umschreiben. Auch der Bürger lebt vom Vergleich. Es geht zwar »Jedem« besser, aber doch nicht so gut wie den Bürgern Westdeutschlands. Die größten Probleme dürften aber daraus resultieren, daß sich die Koordinaten des Handelns mit der Übernahme des westlichen Institutionengefüges drastisch geändert haben.

Die Bundesrepublik Deutschland in langfristiger Perspektive? Betrachtet man in summa den bisherigen Transformationsprozeß, so sind die Voraussetzungen für einen weiteren kontinuierlichen Vereinigungsprozeß nicht schlecht, der freilich noch weit in das nächste Jahrtausend reichen wird. Dabei wird das Konzert der Stämme und Landschaften immer noch anders klingen als vor der Wende. Und so soll es ja auch sein.

Denn man täusche sich nicht, die Bundesrepublik Deutschland wird dabei ihr Gesicht verändern. Auch wenn das Institutionensystem selbst weitgehend unverändert bleiben sollte, so bietet es doch Raum für beträchtliche Veränderungen. Dies wird auch in den folgenden Beiträgen deutlich.